

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donners-
tag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illustr. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Bo-
sten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

N^o 105.

Dienstag, den 7. September

1897.

Holz-Versteigerung auf dem Staatsforstrevier Bockau.

Dienstag, den 14. September 1897, von Vorm. 9 Uhr an

sollen im „Rathskeller“ in **Aue** folgende auf den Schlägen der Abtheilungen 8, 12 und 13, sowie einzeln in den Abtheilungen 2 bis 44 und von der Durchforstung in 45 aufbereitete **Ruh- und Brennholz** und zwar:

1172 weiche Stämme,	10-15 cm	Mittelfstärke,	} 3, u. 4, m lang.
1122 „ „	16-22	„	
346 „ „	23-48	„	
2 harte Ästcher,	19 u. 22	„ Oberstärke,	
4269 weiche „	8-15	„	
2355 „ „	16-22	„	
1825 „ „	23-72	„	
232 „ Derblängen,	8-15	„ Unterstärke,	
44,00 Hekt. Reisflangen,	3 u. 4	„	

sowie

von Nachmittags 2 Uhr an

1 Hekt. harte, 85 Hekt. weiche	Brennholzteile,
17 „ „	Brennknüppel,
8 „ „	Bäcken,
7 1/2 „ „	Brennrinde,
8 „ „	Aesle und
350 „ „	Stöcke

unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Königl. Forstrevierverwaltung Bockau u. Königl. Forstrentamt Eibenstock,
Richter. am 4. September 1897. **Gerlach.**

Bekanntmachung.

Nach § 17 der revidirten Städteordnung sind zum **Erwerbe des Bürgerrechts** berechtigt alle Gemeindeglieder, welche

- 1) die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen,
 - 2) das fünfundzwanzigste Lebensjahr erfüllt haben,
 - 3) öffentliche Armenunterstützung weder beziehen, noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben,
 - 4) unbescholten sind,
 - 5) eine direkte Staatssteuer von mindestens 3 Mark entrichten,
 - 6) auf die letzten zwei Jahre ihre Staatssteuern und Gemeindeabgaben, Armen- und Schulanlagen am Orte ihres bisherigen Aufenthalts vollständig berichtigt haben,
 - 7) entweder
 - a. im Gemeindebezirk anässig sind, oder
 - b. daselbst seit wenigstens zwei Jahren ihren wesentlichen Wohnsitz haben, oder
 - c. in einer anderen Stadtgemeinde des Königreichs Sachsen bis zur Aufgabe ihres bisherigen Wohnsitzes stimmberechtigte Bürger waren.
- Dagegen sind zum Erwerbe des Bürgerrechts verpflichtet diejenigen zur Bürgerrechtserwerbung berechtigten Gemeindeglieder, welche
- a. männlichen Geschlechts sind,
 - b. seit drei Jahren im Gemeindebezirk ihren wesentlichen Wohnsitz haben und
 - c. mindestens 9 Mark an direkten Staatssteuern jährlich zu entrichten haben.
- Diesem Einwohnern hiesigen Ortes, welche nach Vorstehendem entweder berechtigt oder verpflichtet sind, das Bürgerrecht hieselbst zu erwerben, werden daher hierdurch aufgefordert, sich hierzu bis zum

30. September 1897

schriftlich oder mündlich in der Rathregistratur zu melden.

Die Unterlassung der Anmeldung Seiten der zum Erwerbe des Bürgerrechts verpflichteten Personen verurteilt eine Geldstrafe von 15 Mark bez. entsprechende Haftstrafe.

Eibenstock, den 31. August 1897.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Gnächtel.

Das italienische Königspaar in Deutschland.

Das Jahr 1897 ist an Monarchenzusammenkünften überaus reich und doch nimmt der Besuch, den das italienische Königspaar gegenwärtig dem deutschen Kaiserpaar in Homburg macht, eine politisch bedeutsame Stelle ein. Der russisch-französische Zweibund stand in der letzten Zeit so sehr im Vordergrund der politischen Erörterung, daß man darüber fast den Dreibund vergaß oder ihn gar, wie dies englische Blätter thaten, für aufgelöst erklärte. Die Theilnahme des Königs Humbert an den deutschen Mandatieren kommt daher gerade recht, um die politische Welt, die Engländer mit unbegriffen, daran zu erinnern, daß der Dreibund auch noch existire, und zwar in alter Festigkeit und Geschlossenheit.

Mehrere italienische Blätter haben in der letzten Zeit mehrfach Betrachtungen darüber angestellt, ob Italien gegenwärtig an seiner Beteiligung am Dreibunde noch ein so großes Interesse habe wie früher, und einige sind zu einer verneinenden Antwort gekommen. Ihr Hauptgrund ist der, daß Italiens Lage sich verändert habe, seit es sich aus Afrika zurückzieht und sozusagen keine Kolonialmacht mehr ist. Obenhin habe der Dreibund die Lage der Italiener in Asien nicht verbessert, und so habe man jetzt auch keine Ursache mehr, am Dreibund festzuhalten. Diese Anschauung wird meistens von der geheimen Absicht getragen, mit Frankreich wieder auf guten Fuß und zu einem günstigen Handelsvertrage zu kommen, sowie nebenher in ein festeres Verhältnis mit England zu treten, dessen Schutz man wünscht für den Fall, daß Frankreich seine Seemacht im Mittelmeere ausdehnen möchte. In den Beziehungen Italiens zu Frankreich hat sich aber nichts geändert, auch durch den Rückzug der Italiener aus Cythra nicht. So lange in Frankreich die Schuyler am Ruder sind, und das wird voraussichtlich noch längere Zeit der Fall sein, werden die Italiener keinen günstigen Handelsvertrag bekommen, auch wenn sie vom Dreibund abfallen. Auch wissen alle italienischen Politiker, die ein gesundes Urtheil haben und die Geschichte kennen, recht gut, welchen weiteren Preis sie für die Freundschaft zahlen müßten: die völlige Abhängigkeit Italiens von der französischen Politik. Und diesen Preis will und kann Italien nicht zahlen, so lange es an seiner Freiheit und Großmachstellung festhält.

Auch die Beziehungen Italiens zu England haben sich nicht verändert; höchstens ist etwas dazugekommen, was die Italiener veranlassen könnte, noch mehr wie bisher vor England auf der Hut zu sein. Die Engländer wären doch die Nächsten dazu gewesen, den Italienern in Afrika zu helfen, aber sie haben es nicht gethan; vielmehr war nach der Niederlage der Italiener das erste, was die Engländer thaten, daß sie mit Menelik Verbindungen anknüpften und sich bei ihm einzuschmeicheln suchten. England hat Italien ferner nicht in der Tunisfrage unterstützt, es hilft ihm nicht in der Djert-

frage und wird ihm überhaupt in keiner ersten Schwierigkeit helfen, in die Italien vielleicht einmal Frankreich gegenüber gerathen könnte. Es ist England nur darum zu thun, Italien an der Seite zu haben, um seine eigene Vereinzelung aufzuheben; aber helfen wird und kann es Italien nie. Die italienischen Politiker können also nichts Klügeres thun, als die Lockrufe Englands zu misachten und das Injektiv seiner Politik zu überlassen.

Der Besuch des Königs Humbert in Deutschland kann wohl als eine Bürgschaft dafür aufgefaßt werden, daß die maßgebenden Kreise Italiens am Dreibund festhalten. Sie thun das im wohlverstandenen eigenen Interesse Italiens und sie fördern dadurch zugleich den Frieden Europas. Denn durch den französisch-russischen Zweibund, der ebenfalls den Weltfrieden aufrecht zu halten verspricht, ist der Dreibund nicht unnötig geworden. Der Dreibund kann jetzt auf eine bald zwanzigjährige Existenz zurückblicken, und in dieser Zeit hat er den Frieden erhalten; seine Friedensliebe hat sich also glänzend bewährt. Der Zweibund ist bedeutend jünger, seine Friedensliebe ist darum auch noch nicht so bewährt. Aus diesem Grunde will und kann Europa auf den Dreibund nicht verzichten. Verfolgt der Zweibund das gleiche Ziel wie der Dreibund, dann wird es Europa desto angenehmer sein; doppelt genährt, sagt das Sprichwort, hält besser. Aber vorläufig wird Europa eine Sicherheit, die es besitzt, nicht aus der Hand geben wollen. Die öffentliche Meinung hat sich durch die Verlobung der russisch-französischen Allianz nicht beunruhigen lassen; von der Verlobung, die in diesen Tagen von Homburg ausgeht, wird sie mit großer Befriedigung Kenntniß nehmen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Auf der Grenze zwischen Nord- und Süddeutschland erneuern soeben die waffenfrohen Scharen unseres Heeres das Band, das vor 27 Jahren im furchtbaren Ernst der Schlachten geknüpft ward. Jubelnd hat die Bevölkerung der ehrwürdigen Reichstadt Nürnberg den Deutschen Kaiser und den Prinzregenten von Bayern begrüßt, als sie, ein weithin sichtbarer Ausdruck dieses Bandes, gemeinsam zu der alten Feste der Hohenzollernschen Burggrafen emporsiegingen. Das deutsche Volk kann sich dies Bild nicht eindringlich genug einprägen. Hier ist einmal eine greifbare That, deren allgemein verständliche Bedeutung die aus Mißstimmung, Kleinmuth und Böswilligkeit geborenen Uebel unserer politischen Atmosphäre zu verdrängen geeignet ist. Seit einiger Zeit hat man sich gewöhnt, von einer in Süddeutschland angeblich allgemein verbreiteten „Reichsverdrossenheit“ zu reden. Auf die Autorität eines eiteln Stubengelehrten hin haben zahlreiche gut national gesinnte Blätter das unverantwortlich leichtfertige Geschwätz nachgehbetet,

in den rheinpfälzischen Landen höre man wieder das Wort: „Lieber französisch als preussisch“. Was sind derartige Ausstreunungen gegenüber der Bekundung ungetriebener deutsch-patriotischer Gesinnung, wie wir sie soeben in Unter- und Mittelranken sich aus dem Herzen des Volkes heraus haben betätigen sehen! Gewiß, Verstimmung über Manches, was in den letzten Jahren vorgekommen, ist in ganz Deutschland vorhanden; wir unsrerseits wären wahrlich die Letzten, das leugnen zu wollen. Aber es ist nicht wahr, daß diese Verstimmung irgendwo die Treue gegenüber dem Reiche in Frage gestellt, ja auch nur die Freude am Reiche beeinträchtigt hätte, ausgenommen natürlich diejenigen Kreise, deren Herz dem preussisch-deutschen Nationalstaate niemals gehört hat.

— Oesterreich-Ungarn. In Oesterreich haben, wie offiziös berichtet wird, die Verhandlungen des Grafen Bardeni mit den parlamentarischen Kommissionen der Rechten, um die durch die Opposition der Deutschen gestörten parlamentarischen Arbeiten wieder in Gang zu bringen, zu einer vorläufigen Verständigung geführt. Inwieweit der Ministerpräsident bei dieser Gelegenheit den parteipolitischen Forderungen der Mehrheit zugestimmt hat, ist allerdings noch nicht bekannt; ebensowenig, in welcher Art und Weise die Obstruktion der Deutschen gebrochen werden soll. Zunächst wird nur verhandelt, man sei einig. Die weiteren Beratungen des Ausschusses der Mehrheitsparteien mit dem Grafen Bardeni sollen auf zwei bis drei Wochen vertagt werden sein; erst dann werden die Führer der Rechten dem Kabinete ihre endgiltigen Bedingungen für die von ihnen zu gewährende Unterstützung mittheilen.

— Graf Bardeni gab der Deputation tschechischer Abgeordneter, die von ihm einen radikalen Wandel in der Frage der nationalen Gleichberechtigung verlangte, da sonst die Tschechen die Regierung nicht unterstützen könnten, das Versprechen, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß der nationalen Gleichberechtigung in allen von Tschechen bewohnten Ländern und auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung Geltung verschafft werde. Eine äußerst wichtige Konzession auf dem Schulgebiete hat die Regierung den Tschechen gemacht, indem das tschechische Privatgymnasium in Troppau im nächsten Schuljahre von der Staatsverwaltung übernommen wird. Endlich soll in den nächstjährigen Etat der Kredit für eine tschechische technische Hochschule und Universität in Mähren eingestellt werden.

— Aus Böhmen, 2. Septbr. Der jung-tschechische Bürgerklub in Smichow (Vorstadt von Prag) veranstaltete eine öffentliche Versammlung, an der mehrere Abgeordnete, ferner Mitglieder der Stadtvertretung mit dem Bürgermeister an der Spitze theilnahmen. Nach einer Rede des Abgeordneten Dr. Koldinsky wurde ein Antrag angenommen, in welchem es u. A. heißt: „Die Theilnehmer der heutigen Versammlung sprechen ihre Freude darüber aus, daß der Stadtrath von Smichow beschlossen hat, die ausschließlich